

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchlag Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 10. Dezember 1880.

Nr. 580.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung vom 9. Dezember.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Am Ministertisch: Kultusminister von Puttkamer mit 11 Kommissarien.

Tagesordnung:

Fortsetzung der Etatberatung, speziell des Etats des Kultusministeriums. (Einnahme 2,304,652 M., laufende Ausgaben 49,462,173 M., einmalige Ausgaben 6,154,537 M.)

Die Einnahmen wurden ohne Debatte bewilligt.

Bei Lit. 1 der dauernden Ausgaben melden sich 5 Redner gegen und ein Redner für.

Abg. Dr. Windthorst: Ich bedaure, auch in diesem Jahre wieder eine Anzahl Beschwerden und Klagen vorbringen zu müssen. Sie haben es in der Hand, die Klagen zu beseitigen, indem Sie die Ursachen dieser Klagen beseitigen. Die Maigesetzgebung wird fortwährend in vollem Umfange in Anwendung gebracht, wenn auch der gegenwärtige Herr Kultusminister seiner persönlichen Stimmung entsprechend mildernd eintritt. Das Bestreben geht nach wie vor dahin, die Kirche vom Staate abhängig zu machen; die verhasste katholische Kirche zu vernichten (Widerspruch) oder doch zu verfälschen. Die Diözesen sind verworfen, die Bischöfe sind zum Theil todt, zum Theil aus dem Lande gejagt, an tausend Pfarren sind verworfen und einzelne Priester, welche Sterbenden die Sacramente bringen wollen, werden wie das Wild ge-
beut (Widerspruch), ganze Kompagnien Soldaten werden aufgeboten, um sie zu fangen, wie das in Polen geschehen ist. Das Schulwesen befindet sich in der allertraurigsten Lage. Auf den Universitäten und in den Seminarien besteht fast ausschließlich eine ungläubige, materialistische Richtung, welche die Kleinherlichkeit fordert (Widerspruch). Sie (zur Rechten) geben uns unter vier Augen Recht, öffentlich leihen Sie uns keine Unterstützung. Sie sagen uns: Warum habt Ihr im Sommer das bekannte kirchenpolitische Gesetz nicht angenommen? Weil wir nur eine Kirche von Gottes Gnaden anerkennen können, nicht aber eine Kirche von Minister's Gnaden. Der Redner schildert die Nothlage der katholischen Kirche und deren Diener, einzelne Geistliche seien in Folge des Sperrgesetzes so verarmt, daß sie kaum noch Fleisch zu essen haben. So lange diese Dinge fortbestehen, werde er und seine Partei die Stimme so laut erheben, bis sie an der entscheidenden Stelle gehört werde. Gesetze, welche die Gewissen verlegen, könnten nicht beobachtet werden. Der Redner kündigt sodann seinen neuen Gesetzesentwurf an, betreffend die Freigabe des Spendens der heiligen Messe. Sodann wendet er sich gegen den Abg. Grumbrecht und behauptet, daß das preussische Landrecht selbst den passiven Widerstand gestatte. Die Katholiken könnten den Maigesetzen nicht gehorchen, wenn auch die Gesetze in der Gesetzsammlung publiziert seien. Diese Gesetze führen zur sozialen Revolution.

Kultusminister v. Puttkamer: Wenn man so weit geht, zu behaupten, die Maigesetze hätten den Zweck, die katholische Kirche zu vernichten oder doch zu verfälschen, so ist das eine Uebertreibung, welche Denjenigen, denen das Interesse der Kirche am Herzen liegt, nicht zum Vortheil gereichen kann. (Sehr richtig!) Die kgl. Staatsregierung theilt den Schmerz des Vorredners, daß wir in dem Ausgleich nicht weiter gekommen sind und auch sonst die Zukunft mit einem dichten Schleier verhüllt ist. Allein in Bezug auf die Verantwortlichkeit steht die Staatsregierung auf ganz entgegengegesetztem Standpunkte. Wenn er fragt: ob die Staatsregierung die Verhandlungen mit Rom wieder aufnehmen oder ob sie neue Vorlagen bringen werde, so ist die Gegenfrage berechtigt: Was hat denn der Abg. Windthorst, was haben seine Freunde dazu beigetragen, um diesen Weg wieder betreten zu können? (Sehr richtig!) Wenn wir auch noch nicht im ruhigen Fahrwasser des Friedens sind, mit dem im Sommer gemachten Vorlage hätten wir dieses Ziel erreichen können. Sie (zum Centrum) haben uns darin nicht unterstützt. Die diskretionären Vollmachten, welche wir forderten, waren erforderlich einem Gegner gegenüber, der völlig unverantwortlich dasiebt. Man hat der Staatsregierung diese Handhabe nicht bewilligt und dazu hat gerade das Centrum beigetragen.

Herr Windthorst hat heute wieder ein Amendement vom vorigen Jahre als Gesetzesentwurf angemeldet, das unannehmbar ist, weil es einen Fundamentalsatz der Maigesetze, nämlich die Anzeigepflicht, beseitigen würde. Wir haben eine legale Ausbülfe bezüglich der beiden angeregten Punkte geschaffen und die Pfarren bemühen sich, wie ich gern anerkenne, dieselbe in loyaler Weise auszuführen. Wenn der Staat sich nicht selbst aufgeben will, dann kann er der Untergrabung der Fundamente unserer kirchenpolitischen Gesetzgebung nicht zustimmen. (Zustimmung und Widerspruch.) Auf die Frage des Vorredners: Was wird die Staatsregierung thun? erkläre ich, daß die Staatsregierung nach den gemachten Erfahrungen es für erforderlich hält, eine ruhige, abwartende Haltung anzunehmen (Sehr gut), welche gekennzeichnet sein wird durch eine pflichtgemäße, thunlichst schonende Ausführung der Maigesetze. Wenn die Möglichkeit der Wiederaufnahme der Verhandlungen sich ergeben sollte, dann wird die Staatsregierung sich dieser Pflicht nicht entziehen. Bis dahin bittet sie das Haus, das Vertrauen zu haben, daß sie mit Ausdauer, Muth und Energie die auf ihr ruhende Aufgabe erfüllen und tragen wird (Beifall rechts).

Abg. Dr. Petri: Ich will nicht untersuchen, inwieweit die Pfarren durch Mißbrauch der politischen Rechte den Kulturkampf geschürt und großgezogen haben (Sehr wahr!), aber ich will nur konstatiren, daß in vielen katholischen Gegenden, namentlich am Rhein, die Anzeigepflicht positives Recht gewesen. Wenn die Pfarren verworfen sind, so ist Rom allein daran schuld (Widerspruch im Centrum). Die Herren in Rom sind stets viel schlauber gewesen, als die Herren vom preussischen Ministerium. (Große Heiterkeit.) Aus dem Ernennungsgesetz haben die Herren in Rom ein bloßes Nennungsrecht gemacht. (Widerspruch im Centrum.) Ich kenne mich einigermaßen in den Irrgängen Roms aus. (Heiterkeit.) Rom allein trägt die Schuld. Rom hat niemals Anstand genommen, Tausende von Pfarren verworfen zu lassen, wenn es den Zwecken seiner Herrlichkeit diene. (Rufe im Centrum: Psst!) Wir weisen mit Entschiedenheit den Vorwurf zurück, daß wir, daß die Staatsregierung die Schuld daran trage, wenn so viele Pfarren verworfen seien. Das ist unwahr, das ist eine Entstellung der Wahrheit. Es giebt nur einen Schuldigen in dieser ganzen Frage, in dem ganzen uns seit Jahren beschäftigenden Kampfe, und der Schuldige ist Rom! (Lärm im Centrum und Beifall links.)

Abg. Dr. Langerhans bringt die Nichtbefähigung des Predigers Hasenclever an der hiesigen Dorotheenstädtischen Kirche zur Sprache und führt ferner aus, daß das Auftreten einzelner orthodoxer Geistlichen dem christlichen Sinn der Bevölkerung gefährlich werden müsse. Schuld daran sei die Begünstigung gewisser Strömungen in der evangelischen Kirche. Redner erhebt gegen den Kultusminister den Vorwurf, daß er durch sein Verfahren auf die Untergrabung der geltenden Gesetze hinwirke. Derselbe habe in der Generalsynode offen gegen das Schulaufsichtsgesetz gesprochen und ebenso für ein Gesetz (die Trauordnung) die königl. Sanktion erwirkt, dessen Bestimmungen mit den bestehenden Gesetzen in Widerspruch ständen.

Abg. Stengel richtet an den Abg. Windthorst die Bitte, den Nachweis zu führen, daß die freikonservative Partei ihre Amendements in der Absicht gestellt habe, um dem Centrum die Annahme des kirchenpolitischen Gesetzes unannehmbar zu machen.

Abg. v. Jazdzewski bringt noch eine Beschwerde über die kirchlichen Verhältnisse in Posen, namentlich in Kosten und Gostyn, vor und beklagt sich über die verschiedenartige Anwendung des neuen kirchenpolitischen Gesetzes, namentlich bei der Einstellung von Staatsleistungen an Emeriten.

Kultusminister v. Puttkamer: Es sei nicht möglich, die gesprochenen Leistungen für einzelne Geistliche und Emeriten wieder aufzunehmen, sondern nur für ganze Diözesen, doch werde auch in Posen den Emeriten gegenüber eine sehr milde Praxis geübt, es genüge, wenn der betreffende Emeritus nur seine Bitte der Staatsregierung vortrage, die Leistungen wieder aufzunehmen, um dieses zu bewirken. Der Fall des Geistlichen in Kosten habe nicht berücksichtigt werden können, weil eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu befürchten gewesen wäre. Was die Massifikationen in Gostyn

angeht, so ist die Wiederaufnahme derselben in Aussicht genommen und es ist angeordnet worden, daß die Verleihung dieser Fundationen an ausländische Geistliche durch den Staatskommissar aufgehoben werde. Was die Äußerungen des Abg. Dr. Langerhans anbelangt, so ist derselbe augenscheinlich über meine Haltung auf der Generalsynode nicht richtig unterrichtet, ich habe dies schon im vorigen Jahre klar gestellt. Auch habe ich niemals gegen das Schulaufsichtsgesetz polemisiert. Was das Placet für die Trauordnung anbelangt, so bin ich für die Strömung innerhalb der evangelischen Kirche nicht verantwortlich, ich habe aber stets bei diesen Fällen die Verantwortlichkeit gegenüber dem Landtage im Auge gehabt, die Verhandlungen im Staatsministerium haben aus inneren Gründen dazu geführt, dieses Placet nicht zu versagen.

Abg. Seyffarth bespricht die Verfügung gegen die Lehrervereine, die viel zu weit gehe; er verliest dieselbe, während das Haus bei jedem einzelnen Passus der Anlagen sehr richtig ruft. Ein Landrath habe sogar die Elementarlehrer dumme Jungen genannt. Wenn wirklich Klagen gegen die Lehrer berechtigt seien, so müßten diese als Interna behandelt werden, sonst schädige man das Verhältnis zwischen der Schule und der Familie. Er bedauere diese Angriffe gegen die Lehrer, die sie nicht verdient hätten, am wenigsten rechtfertige sich die Behauptung, daß die auf Selbsthülfe basirten Lehrervereine ihren Zweck nicht erfüllt hätten. Redner geht auf die Wirkung der Pestalozzvereine ein, die überall großen Segen verbreitet hätten. Es sei der Wunsch der Lehrerschaften, daß die Aufsichtsbehörden sich an diesen Lehrervereinigungen betheiligen möchten; dann würden etwa bei denselben hervortretende Mängel bald beseitigt werden.

Kultusminister v. Puttkamer: Der Passus, welcher sich auf die Selbsthülfe in dem bewegten Erlasse beziehe, sei nicht auf diejenigen Selbsthülfsvereine zu beziehen, die Tendenzen wie z. B. der Pestalozzi-Verein verfolge, sondern auf solche Vereine, die sich von den gegebenen Grundlagen des Lehrstandes loslösen. Ich habe diesen Erlaß nicht leichtem Herzens ergehen lassen, sondern im vollen Bewußtsein der Verantwortung, die mir als höchstem Leiter des preussischen Schulwesens obliegt. Der Inhalt des Erlasses beruht auf dem Ergebnisse der von meinem Vorgänger veranlaßten Statistik über diese Dinge und es war meine Pflicht, zu diesen Ergebnissen Stellung zu nehmen. (Sehr wahr!) Von Vorwürfen kann dabei gar keine Rede sein, da ich nur auf Grund amtlicher Quellen meine Bemerkungen an diese zu knüpfen habe. (Sehr richtig.) Meine Stellung ist die, daß ich an höchster Stelle die Aussicht über die Volksschule zu führen habe und da ich es auch meine Pflicht, mit der kritischen Sonde etwaige Schäden zu untersuchen. (Sehr wahr.) Es entspricht aber den disziplinarischen Verhältnissen nicht, wenn man dieses als „Vorwürfe“ bezeichnen wollte. (Sehr wahr.) Ich bin der Meinung, daß die Volksschule nächst der Armee die wichtigste Institution des Staates ist und deshalb haben die Männer, die an ihr arbeiten, auch gewiß ein Anrecht auf Anerkennung, aber sie haben nicht den Anspruch, ein Staat im Staate zu sein. Danach wird viel gestrebt und namentlich in der Lehrerpresse, auf deren Boden theilweise sehr traurige Früchte wachsen, welche die Bemerkungen in meinem Erlaß vom 22. September mehr als rechtfertigen. (Sehr richtig.) Nun wird gesagt, ich hätte Vorwürfe erhoben, ohne sie zu beweisen. Das hätte man nicht thun sollen, welches Licht wir auf mich, ich habe früher ausdrücklich erklärt, ich hätte den Wunsch, die Ergebnisse dieser Enquete hier nicht zu veröffentlichen, und war damals im Uebereinstimmung mit der Majorität dieses Hauses. Sollte heute ein Antrag auf Veröffentlichung dieser Ergebnisse eingebracht werden, so würde ich demselben mit allen Mitteln entgegenzutreten, sollte er aber angenommen werden, so würde ich wissen, was ich zu thun habe. (Beifall.)

Abg. Korda sucht, nachdem er zugegeben, daß ein gut Theil der Elementarlehrer an den Schwächen leide, die ihnen der Minister vorgeworfen habe, unter fortwährendem Widerspruch des Hauses die Volksschullehrer gegen alle möglichen Angriffe zu verteidigen, erwidert aber durch seine Exemplifikationen wiederholt die allgemeine Heiterkeit des Hauses.

Abg. Grumbrecht fordert das Centrum

auf, beiseite in seinen Ansprüchen zu sein, so große Forderungen, wie es jetzt vorliege, könne ihm kein Staatsmann gewähren.

Abg. Kiderle sucht eine Divergenz zwischen den früheren und heutigen Äußerungen des Kultusministers nachzuweisen. Auf eine Veröffentlichung des Enquete-Materials verzichte er. Der Schluß der Volksschule müsse rein von jedem Tadel erhalten werden, und das Volk habe den Eindruck, als wenn die erhobenen Vorwürfe sich nicht gegen einzelne, sondern gegen alle Lehrer richteten.

Kultusminister v. Puttkamer: Falls zwischen seinen heutigen Äußerungen und den früheren vom Februar eine Differenz gefunden werden solle, so stehe er unbedingt noch auf dem Standpunkte der früheren Äußerung und nehme alles etwa Divergirende zurück. Er sei als Minister gerade bestrebt, den Schluß der preussischen Volksschule rein zu halten von jedem Tadel, danach strebe auch jener Erlaß.

Abg. Stroffer: Seine Fraktion sei stets bereit gewesen, mit der katholischen Kirche Frieden zu machen; er wolle die königl. Staatsregierung, Alles zu thun, um diesen Frieden herbeizuführen und das schöne Wort des Königs von Bayern auch für Preußen wahr zu machen: „Ich will mit meinem Volke Frieden haben.“ (Beifall.) Dem Abg. Langerhans müsse er erwidern, daß die Nichtbefähigung des Predigers Hasenclever ganz in der Ordnung sei, da dieser nicht fest auf dem Boden der evangelischen Bekenntnisse stehe. (Beifall.) Die Vorwürfe gegen die Orthodoxen seien ganz ungerichtet, da gerade diese zur Zeit nicht in die höheren kirchlichen Ämter kommen könnten. Allerdings, wenn man so sehe, wie der Abg. Langerhans, dann könne man wohl die gemäßigten Männer, die jetzt in diese Ämter hinein kämen, für Zeloten halten. (Sehr richtig.) Was das Trauformular angeht, so stehe dasselbe vollständig auf dem Boden des Christenthums, das nur Gebrauch als Ehescheidungsgrund anerkenne, wenn daher ein Pfarrer einen aus anderen Gründen Geschiedenen wieder trauen wollte, so würde er gegen das Bekenntnis verstoßen. Was die Äußerung des Abg. Seyffarth angeht, widerlege die Rede des Kultusministers vom 11. Februar diese durchgehend und es sei nur ein Mandat der Fortschrittspartei, sich hier als Vertheiliger der Lehrerverwelt aufzuwerfen. Auf den großen Lehrerversammlungen zu Berlin, Breslau u. dgl. hätten sich die Schäden vollständig gezeigt, die der Erlaß des Ministers rüge. (Sehr richtig.) Nicht einmal schüchtern sei auf die Zugehörigkeit der Schule zur Kirche hingewiesen worden. Die Lehrerpresse erlaube es sich, die geistlichen und weltlichen Vorsetzer der Lehrer in der unverschämtesten Weise anzugreifen. Die Pestalozzi- und ähnlichen Vereine solle Niemand ein zu tadeln und das Haus habe die Thätigkeit dieser Vereine oft genug untersucht. Wenn der Abg. Korda sage, daß die Lehrer sich der Fortschrittspartei nicht in genügender Weise angeschlossen hätten, so sei das der Punkt, wo der Hase im Pfeffer liege. (Sehr richtig.) Nach dieser Rede Korda's sei es zu hoffen, daß die Lehrer die Absicht merken und verstünden werden würden. (Beifall.)

Abg. Dr. Windthorst erklärt sich hinsichtlich der Schulfrage mit dem Minister einverstanden und acceptirt gern die Grundlichkeit des Konservativen, zur Beendigung des Kulturkampfes beitragen zu wollen. Der Vorwurf des Ministers, daß er (Redner) übertrieben habe, sei falsch. Die Kirche habe ihren Willen, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, gezeigt. Der Nuntius sei wiederholt bei dem Votschaster in Wien gewesen und habe angefragt, wann die Verhandlungen wieder aufgenommen werden könnten. Das beweise, daß das Centrum bereit gewesen sei, die Verhandlungen wieder aufzunehmen, statt dessen sei das Ungeheuer gekommen und heute stehe der Kultusminister mit verfräntlichen Armen und seße dem Elend der katholischen Bevölkerung zu. (Beifall im Centrum und Widerspruch links.)

Kultusminister v. Puttkamer: Was den letzten mir gemachten Vorwurf betrifft, so widerlegt diesen wohl am besten meine bisherige Amtsführung. Allein die bisher gemachten Erfahrungen haben die Regierung verhindert, die Initiative wieder zu ergreifen. Selbst die im Jahre vom 24. Februar gemachte unbedeutende Konzession ist durch die spätere Erklärung des Kardinalstaatssekretärs wieder zurückgenommen. Es ist also kein Entgegenkommen

zeigt und daher sind die Verhandlungen ge-
schleiert.

Abg. Dr. Windtorst repliziert, die Er-
fahrung rechtfertige die Haltung der Regierung nicht
und klagt er dieselbe vor dem ganzen Lande der
Herzlosigkeit an. (Zischen und Widerspruch.)

Nach einigen persönlichen Bemerkungen werden
die Kapitel Ministerium, Gerichtshof für die kirch-
lichen Angelegenheiten, sowie evangelischer Oberkir-
chenrath ohne Debatte genehmigt.

Hierauf wird die Debatte vertagt.

Schluss 4 1/4 Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Fortsetzung der Berathung der heutigen Ta-
ordnung.

Deutschland.

Berlin, 9. Dezember. Der Bundesrath
hatte bei der Beschlussfassung über den Anschluss
brennlicher Gebiete an das Zollgebiet im Jahre
1875 bestimmt, dass die Stadt Delmenhorst von
dem Grenzbezirk auszuscheiden sei. Die weitere
Entwicklung der Verhältnisse hat jetzt gezeigt, dass
diese Auscheidung bezüglich des Grenzschutzes be-
denklich geworden ist. Seit den Tarifveränderungen
des vorigen Jahres hat der Schmuggel, besonders
mit Tabakstengel, aus dem Freiheitsgebiete nach
der oldenburgischen Grenze, einen sehr erheblichen
Umfang angenommen. Die oldenburgische Regie-
rung hält es daher in Uebereinstimmung mit dem
Provinzial-Steuer-Direktor und dem Reichsbevoll-
mächtigten in Hannover für nöthig, dass sobald als
möglich die Stadt Delmenhorst nebst angemessener
begrenzter Umgebung in den Grenzbezirk eingeschlos-
sen und daselbst eine Grenzaufsichtspost errichtet
werde, und sie hat jetzt eine entsprechende Beschluss-
fassung des Bundesraths beantragt.

Durch verschiedene Blätter wird verbreitet,
dass die angeblich russischer Seite stattgehabte Auf-
kündigung deutsch-russischer Eisenbahntarife deshalb
erfolgt sei, weil der Minister der öffentlichen Ar-
beiten, Maybach, in Petersburg Vorstellungen wegen
der den Hasen von Libau begünstigenden rus-
sisch-internen Tarife gemacht hätte. Ich bin in
der Lage, mitzutheilen, dass — wie übrigens für
die den Verhältnissen näher Stehenden auf der
Hand liegt — diese Unterstellung vollständig aus
der Luft gegriffen ist.

Aus dem Reichslande, 6. Dezember. Das
Urtheil, durch welches am 4. d. Mts. ein Herr
Hippolyte Tissot wegen „erfolgter Aufreizung zum
Landesverrat“ zu drei Jahren Festungstrafe verur-
theilt wurde, zeigt auf's Neue, wie unklar die Lage
vieler Optanten ist. Tissot optirte, lebte nach
Diensthofen zurück, um dort sein Geschäft auszu-
üben, und wird von der deutschen Regierung be-
nachrichtigt, dass seine Option als ungültig betrach-
tet werde. Er beschwerte sich und erklärte, dass er
selbst sich für einen Franzosen halte. Eine An-
wort auf diese Replik, die an ihn abgegangen, will
er nicht erhalten haben. So betrachtet ihn die
deutsche Regierung als Deutschen, während ander-
seits die französische Regierung ihn als ihren Staats-
bürger bezeichnet. Thatsache ist, dass Tissot als
Offizier in den Listen der französischen Territorial-
armee geführt wird. Der Mann, dessen jetziges
Geschäft das eines Feuerversicherungs-Direktors in
Nancy ist, hat der Anklage nach den gestrichelten
Debitairen verurteilt, über die Festungswerke von
Diensthofen, die in den Jahren 1878—79 fertig
gestellt wurden, Einzelheiten festzustellen, die er dann,
wie die Belastungszeugen Ehefrau Debitaire aus-
sagt, nach Paris befördert habe. Als einziges Be-
weismittel liegt ein Brief vor, unterzeichnet tou-
jours ton Toi H., der nach Aussage des Sach-
verständigen unzweifelhaft von Tissot's Hand her-
rührt. Die Anklage weist darauf hin, dass hier ein
wiederholter Landesverrat vorliege und beantragte
8 Jahre Zuchthaus, während die Verteidigung, die
in dem Briefe keine Andeutung vorfindet, dass die
Pläne, welche Debitaire geliefert, wirklich der
französischen Regierung übergeben worden seien,
Freisprechung beantragte. Das Urtheil lautet (nicht
wie der Telegraph meldete, wegen Landesverrats,
sondern wegen der erfolgten Aufreizung dazu) auf
drei Jahre Festung. Die Verteidigung des Ange-
klagten machte einen durchaus guten Eindruck. Die
ganze Sache zeigt aber deutlich, wie unnütz es ist,
einseitig das Verhalten der Optanten behandeln zu
wollen. Das Einvernehmen mit der französischen
Regierung gehört dazu, wenn man für die zwischen
zwei Stühlen stehende Menge der Optanten eine klare
Lage schaffen will.

Der Landesauschuss ist heute zusammengetreten
und mit einer kurzen geschäftsmässigen Anrede des
Statthalters eröffnet worden. Die eigentliche An-
sprache erfolgte erst bei dem Essen, das der Statt-
halter der Versammlung gab.

Provinzielles.

Stettin, 10. Dezember. Im § 284 der
deutschen Civilprozessordnung werden die einzelnen
Bestandtheile eines Urtheils unter einzelnen Num-
mern und unter anderen folgende Bestandtheile auf-
geführt: 3) Thatbestand, 4) Entscheidungsgründe,
5) die von der Darstellung des Thatbestandes und
der Entscheidungsgründe äußerlich zu sondernde Ur-
theilsformel. In Bezug darauf hat das Reichsge-
richt, 1. Civilsenat, durch Urtheil vom 29. Sep-
tember d. Js. ausgesprochen, dass der Thatbestand
von den Entscheidungsgründen in dem Urtheil nicht
notwendig örtlich geschieden gehalten werden muß,
und dass demnach ein Urtheil, dessen Thatbestands-
Aussatz rechtliche Deduktionen oder dessen Rubrik der
Entscheidungsgründe thatsächliche Feststellungen ent-
hält, deshalb nicht anfechtbar sei.

— § 360 des Strafgesetzbuchs bestimmt, dass der-
jenige mit einer Geldstrafe zu bestrafen ist, der bei

Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Noth von
der Polizeibehörde oder deren Stellvertretern zur
Hilfe aufgefodert, keine Folge leistet, obgleich er
der Aufforderung ohne erhebliche eigene Gefahr ge-
nügen konnte. Auf Grund dieses Paragraphen hatte
ein Arbeiter S. in Bredow ein polizeiliches Straf-
mandat erhalten, weil er im Oktober d. J. der
Aufforderung zweier Gendarmen nicht nachkam,
welche verlangten, er solle sie bei dem Transport
eines total betrunkenen Menschen unterstützen. S.
erhob Widerspruch und war deshalb in der heutigen
Sitzung des Schöffengerichts Termin andernorts;
der Angeklagte gab den Sachverhalt zu, trotzdem
beantragte der Anwalt selbst Freisprechung, in-
dem er ausführte, dass der § 360 in diesem Falle
keine Anwendung finden könne, da bei dem Trans-
port eines Betrunknen weder von einem Unglücks-
fall, noch von gemeiner Gefahr, noch von Noth die
Rede sein könne. Der Gerichtshof erkannte dem-
gemäß.

Der in der pommerschen Provinzial-Zucker-
fabrik beschäftigte Arbeiter Martin Ring er setzte
vorgestern Nachmittag beim Schmelzen der Rüben
der Farmmühle das Getriebe derselben durch den
vorhandenen Ausläufer außer Betrieb und geriet
in Folge dessen mit dem rechten Vorderarm in die
Kammerräder, die denselben zerquetschten und außer-
dem den Zeigefinger der linken Hand abrißen. Der
Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus gebracht,
wo ihm der rechte Arm sofort amputirt werden
musste.

Gestern Nachmittag wurden einem Pötker-
straße 20 wohnhaften Korbmacher aus seiner Woh-
nung ca. 35 Mark und eine silberne Uhr ge-
stohlen.

Aus einer unverschlossenen Wohnstube des
Hauses Jabelsdorferstraße Nr. 22 wurden vorgestern
verschiedene Wäschestücke im Gesamtwerthe von
45 Mark und an demselben Abend in dem Hause
Pelzerstraße Nr. 7 ein Frauenrock, der aus dem
Flursenster zum Trocknen ausgehangen hatte, ge-
stohlen.

Pasewalk, 9. Dezember. Jetzt endlich ist der
Stadtbefehl hinter den aus Altdamm entsprungene
Berndt aus Groß-Hammer erlassen, nachdem nun
schon seit Wochen eine ständige Reihe von Diebe-
reien und Einbrüchen erzählt ist, welche p. Berndt
mit mehrmaligen Genossen ausgeführt haben soll.
Manches ist auch wohl dem Berndt auf das Kerb-
holz geschrieben, während es vielleicht richtiger auf
andere Uebelthätigkeit zurückzuführen sein dürfte. Von
der kürzlich verbreiteten, auch in Stettiner Zeitun-
gen übergegangenen Nachricht, dass seitens der Be-
höörden die Mitwirkung des Pasewalker Kürassier-
Regiments zur Aufsuchung der Strolche angestrebt
ist, können wir die bestimmte Versicherung abgeben,
dass davon an zuständiger Stelle nichts bekannt ist.
Es will auch nicht einleuchten, was der schwer be-
reitete und bewaffnete Kürassier in der Durchsu-
chung enger Schonungen leisten könnte, selbst wenn
er abhien sollte, abgesehen von der Unmöglichkeit,
einen Fortschritt von etwa 10 Kilometer Länge und
durchschnittlich über 6 Kilometer Breite erfolgreich
abzusuchen. Hingegen wird der erste beständige
Schnee zweifellos die Spuren in den Schulpfwin-
keln erkennen lassen und den Behörden das Ein-
fangen des Geklirrten ermöglichen.

Stargard, 9. Dezember. Heute Vormittag
wurde auf einem Fuhrwerk des Herrn Ritterguts-
besizers Hacken auf Storkow ein Verbrecher mit ge-
fesselten Armen, durch den Gendarm von Priem-
hausen und einen Transporteur eskortirt, nach hie-
sigem Gefängnis eingeliefert. Der Transportirte
soll ein vagabondirender Schlosser Namens Rein-
hold Meier aus Greifenberg i. P. sein. Gestern
Nachmittag wurde nämlich die 11jährige Tochter
des Schlossers Grunewald in Storkow von dem Be-
stieher mit Briefen nach Klein-Bachin geschickt und
auf dem Rückwege auf der Grenze von Ludwigsfrei
von dem vorausgestellten Meier in einen unweit des
Boges stehenden großen Bachholzerbusch geschleppt
und gewaltsam gemisshandelt. Um sich und seine
schändliche That den Blicken etwa Vorübergehender
zu verbergen, hatte der Verbrecher aus zusammen-
getragenen Lupinen eine Art Hütte gebaut.

Wiltow, 8. Dezember. Am Sonntag, den
5. Dezember, gab der hiesige Männer-Gesangsverein
ein Konzert, welches sich der regsten Theilnahme
zu erfreuen hatte. Die Ausführung des Programms
musste als eine durchaus gelungene bezeichnet werden.
Wenn wir die einzelnen Piesen durchgehen, so dürf-
ten wir als das am besten ausgeführte Lied „Wal-
dnacht“, ein Quartett von A. Berg, an die Spitze
stellen. In der That, eine so bis in's Kleinste mit
Präzision und Verständnis ausgeführte Leistung ver-
diente gewiss mit Recht, dem Publikum noch einmal
entgegengebracht zu werden. Der „Waldnacht“
stellen sich fast ebenbürtig zur Seite die Ausfüh-
rungen der Chorlieder von „Mein liebster Aufen-
halt“ (Komp. von Mangold) und „Das gekörte
Glück“ (Schwäbisches Volkslied). Der Gewandtheit
des Vereins-Dirigenten ist es gelungen, selbst das
schwierigere Lied von Kreuzer: „Die Kapelle“, in
einer recht erfreulichen Weise den Zuhörern vorzu-
führen. Der letzte Theil des Programms enthielt
drei komische Stücke, welche mit Lust und Liebe ge-
sungen wurden. Das erste, welches die Diver-
ture zur Oper „Arabien“ von Pär, den „Helden-
muth-Marsch“ von Leutner und eine Arie aus der
Oper „Falschaff“ von Balfe vortrug, hat, Dank der
unermüdbaren Energie ihres Kapellmeisters, durch-
weg einstimmiges Lob geerntet. — Wie wir hören,
findet am nächsten Sonntag ein Konzert im hiesi-
gen Seminar statt, welches von den Seminarristen
exekutirt werden wird.

Bei einem Verbrechen, dessen Aburtheilung
zur Zuständigkeit der Strafkammer gehört, ist nach
§ 140 der Strafprozessordnung dem Beschuldigten

auf seinen Antrag ein Verteidiger zu stellen, wenn
er diesen Antrag rechtzeitig (innerhalb dreier Tage
nach der Mittheilung der Anklageschrift) stellt. In
Bezug auf diese Bestimmung hat das Reichsgericht,
III. Strafsenat, durch Erkenntnis vom 6. Oktober
d. J. ausgesprochen, dass in dem Falle, in welchem
vom Gericht diesem rechtzeitig gestellten Antrage
nicht entsprochen wird, das Urtheil aufzuheben ist.
Der Antrag selbst ist an keine besondere Form ge-
knüpft, vielmehr genügt es, dass die bezügliche
Rundgebung des Angeklagten in die Hand des Ge-
richts gelangt.

Unter den vom Reichsstrafgesetzbuch unter
Strafe gestellten „Glücksspielen“ sind nach einem
Erkenntnis des Reichsgerichts, III. Straß., vom
13. Oktober d. J., nicht nur solche zu verstehen,
bei denen die Entscheidung über Gewinn und Ver-
lust nur vom Glück abhängig ist, sondern auch
solche, in welchen hauptsächlich das Glück ent-
scheidet.

Bemerktes.

Seitens eines Winkelblattes, das sich
„Dandaefer Illustrierte Zeitung“ nennt, wird vielen
Berliner Privat-Personlichkeiten gegenüber eine
Praxis beobachtet, die wir einmal öffentlich brand-
marken müssen. Dieses Blatt bringt in buntem
Durcheinander Notizen über allerlei hiesige Persön-
lichkeiten, deren Namen es wahrscheinlich nur aus
dem Berliner Adress-Buch erfahren hat. Es rühmt
die Betreffenden in allen möglichen Tonarten als
„um das Gemeinwohl außerordentlich verdient“, als
„Zierden ihres Berufs“ und dergleichen mehr.
Banddirektoren, Inhaber von Geschäften, Bankiers
und selbst Professoren von Bankhäusern werden von
diesem Lobe ganz besonders heimgesucht, und unter
den also „Gelobten“ befinden sich Personen, die
niemals amtiert haben, in die Öffentlichkeit zu tre-
ten und die außerhalb ihrer Privatsphäre völlig un-
bekannt sind. Die betreffenden Notizen werden
dann den also Angepriesenen angehängt einge-
schickt, zugleich mit einer Abonnements-Dultung,
die auf zehn oder zwölf Gulden zu lauten pflegt.
In dem betreffenden Blatte sind dann andererseits
Notizen enthalten, in denen diejenigen, die augen-
scheinlich in derselben Art gepriesen wurden, aber
die zehn oder zwölf Gulden nicht eingeschickt haben,
höchst unkluglich behandelt werden. Wir glaub-
ten, auf dieses Manöver, das nach unserm Be-
griffen strafrechtlich zu verfolgen wäre, jedenfalls
aufmerksam machen zu sollen. Die betreffenden
Privat-Personlichkeiten, denen plötzlich in dem Blatte
ein ihnen höchst unangenehmes reklamirte Lob
verfesselt wird, haben sich theilweise durch diese Zu-
sendung einigermaßen aufregen lassen. Wir glauben,
durch Veröffentlichung dieser Notiz jenem Blatt das
Handwerk ein für alle Male legen zu können und
wir wünschen der Notiz zu diesem Zweck eine mög-
lichst weite Verbreitung durch Uebergang derselben
in andere Zeitungen. (V. B.-C.)

Kunst und Literatur.

Bismarck, Kalender 1881. Verlag von Köh-
ler in Minden. Unsere Leser können wir diesen
trefflichen Kalender warm empfehlen; er bringt eine
große Fülle des interessantesten Stoffes aus dem
Vaterlande und wird allen unsern Lesern sehr zu-
sagen. [287]

In dem reichen Verlage von Carl Fle-
ming in Glogau sind wieder mehrere Jugend-
schriften erschienen, welche wir zu Weihnachts-
geschenken warm empfehlen können.

Für das erste Kindesalter sind bestimmt:
„Komische Thiere, ein lustiges Bilderbuch von
Julius Lohmeier mit 13 Farbendruckbildern von
Theodor Flinzer.

Der beliebte Jugenddichter und bewährte Leiter
der „Deutschen Jugend“ hat in diesem Verlegen in
Gemeinschaft mit dem genialen Thierzeichner Theodor
Flinzer ein überaus erheiterndes Buch für die Kin-
derwelt geschaffen. Die 13 in ausgezeichneter
Farbendruck ausgeführten prächtigen Bilder illustri-
ren den lustigen Text auf das Drolligste. Das
Buch wird eine Quelle unverfälschter Heiterkeit in
unsern Kinderstuben werden. Dichter und Künst-
ler haben hier wieder mit seinem pädagogischen Takt
und getreu ihren Prinzipien gezeigt, dass man den
Kindern wahrhaft Komisches zu bieten vermag.

Hans Händchen, das etwas werden wollte,
für kleine Kinder von H. Jäde, mit zahlreichen
Bildern von Leopold Venus und Rudolf Geisler.
Ein treffliches Buch, welches zeigt, dass jeder, der
nicht die Mühen des Lebens ertragen kann, auch nie
etwas Tüchtiges werden wird. Wir können beide
Werke den Eltern warm empfehlen.

Für Kinder etwas höheren Alters sind in
demselben Verlage erschienen:
Seydlitz. Eine Erzählung für die Jugend
von Franz Kühn.

Ferdinand von Schill. Eine Erzählung für
die Jugend von Franz Kühn.

Seeschlachten und Abenteuer berühmter See-
helden von Heinrich Schmidt.

Das Buch der Natur von Hermann Waga-
ner. Erster Band und zweiter Band. Die ersten
beiden Bücher geben den Knaben leuchtende Vor-
bilder begeisternden Heldenthums und aufopfernder
Vaterlandsliebe, das dritte Buch führt sie ein in
ein gefährliches, aber anlockendes Seelenleben, das
vierte endlich führt in das Naturleben ein. Jedes
dieser Bücher ist dem Gesichtskreis der Knaben ent-
sprechend anregend und belehrend geschrieben, mit
zahlreichen Bildern geschmückt und kann warm zu
Weihnachtsgeschenken empfohlen werden.

Für Mädchen des entsprechenden Alters
bietet derselbe Verlag eine reiche Auswahl:
Aus Dorf und Stadt. Den Kindern er-
zählt von E. Baltin mit 6 bunten Bildern. Das

Buch ist ein treffliches Geschenk für Mädchen von
6 bis 9 Jahren.

Herzblättchens Zeitvertreib von Th. v. Gum-
pert, 25 Band.

Töchter-Album von Th. v. Gumpert, 26.
Band.

Länger als ein Vierteljahrhundert wirkt bereits
die Jugendschriftstellerin Thella von Gum-
pert in segensreichster Weise durch Sammelwerke
für die Herzensbildung und Entwidlung der Br-
griffe kleiner Knaben und Mädchen, sowie für die
Bildung des Verstandes und Gemüthes der heran-
wachsenden weiblichen Jugend. Bei Jung und
Alt ist daher ihr Name beliebt. Wie manche
Frau in reifern Jahren erinnert sich nicht mit
Bergnügen des ersten „Töchter-Albums“ der Thella
von Gumpert, welches ihr auf den Weihnachtstisch
gelegt wurde, worüber sie kostbare Spielsachen,
Puzzgegenstände, Süßigkeiten und all' der andern,
ein jugendliches Gemüth bestrickenden Gaben ver-
gass, welche das Christkindchen zu bringen pflegt?
Die Herausgeberin hat ein warmes, süßes Herz
für die Kinderwelt und ist ebenso bestrebt, beleh-
rend und erziehend, als erheiternd und zerstreuend
auf die jugendlichen Gemüther zu wirken. Dieses
ist ihr nicht blos in jenen Erzählungen gelungen,
welche „Herzblättchens Zeitvertreib“ und das
„Töchter-Album“ aus ihrer eigenen Feder enthal-
ten, sondern auch bei Auswahl der übrigen Bei-
träge. „Herzblättchens Zeitvertreib“, Unterhaltun-
gen für kleine Knaben und Mädchen zur Herzens-
bildung und Entwidlung der Begriffe, enthält
Beiträge von H. Büchner, A. Diethe, R. Frölich,
B. Mühlly, L. Reuss u. A. und ist mit 24
Lithographien und 12 Holzschnitten ausgestattet.
Unter den allerliebsten Bildern befinden sich auch
die sogenannten Beschäftigungstafeln, welche ebenso
hübsch als praktisch für kleine Mädchen bunte
Stichmuster, Anleitung Zierarbeiten u. dergleichen
sowie für Knaben Instrumente zum Abzeichnen,
Aus schneiden und eine leicht faßliche Belehrung
bringen, nette Spielsätze, wie Männer aus Pflau-
men und Eichen u. dergleichen. Besonders an-
sprechend sind die Erzählungen von Thella v.
Gumpert. — Wie können alle diese Bücher warm
empfehlen. [300]

Telegraphische Depeschen.

Altenburg, 9. Dezember. Ueber die heute im
hiesigen Reichstagswahlbezirk stattgehabte Stichwahl
ist das Resultat erst aus 10 Städten und 34
Dörfern bekannt; in denselben wurden für den
Kandidaten der Nationalliberalen, Große, 4118
und für den Kandidaten der Fortschrittspartei,
Kämpfer, 6391 Stimmen abgegeben.

Wien, 9. Dezember. Der Präsident des Ab-
geordnetenhauses, Coronini, erhielt die Geheimrathe-
würde.

Die von dem Verein „Concordia“ gestern ver-
anstaltete Feier für den Abg. Dr. Herß hat der
Charakter einer politischen Demonstration angenom-
men. Wissenschaftliche und politische Notabilitäten,
viele Abgeordnete, mehrere Pairs nahmen daran
Theil. Die Reden hatten politische Pointen, na-
mentlich die von Dr. Herß und Schmerling. Re-
peter proklamierte seine Solidarität mit Herß im
Kampfe für die Einheit Oesterreichs. Die Feier
nahm einen glänzenden Verlauf.

In der vorlesenen Nacht wurden hier wiederum
sozialistische Flugchriften verbreitet.

Pest, 9. Dezember. Die hiesige Stadtvertre-
tung hat heute mit 220 gegen 80 Stimmen, also
mit 140 Stimmen Majorität, die Konstitution des
deutschen Abgeordneten für fünf Jahre bewilligt. Man
hofft, dieser Beschluss werde den bösen Eindruck
aufheben, welchen der frühere, in einer wenig be-
suchten Versammlung gefasste Beschluss hervorgeru-
fen hat.

Paris, 9. Dezember. Die von der „Agence
Havas“ gemordete Witwe Thiers war heute Mor-
gen etwas besser.

Paris, 9. Dezember. Der Senat hat die
drei ersten Artikel des Gesetzentwurfes über des
Schuljahr-Unterricht für Mädchen angenommen.

Deputirtenkammer. Baudry d'Asson fordert
den Präsidenten Gambetta auf, den Deputirten den
Brief mitzutheilen, in welchen er wegen seiner un-
geheuerlichen Entfernung aus der Kammer die gericht-
liche Verfolgung gegen Gambetta beantragt habe.
Gambetta erklärt, der Brief sei ein außerparlame-
ntarischer gewesen. Der Zwischenfall fand damit
seine Erklärung. Die Kammer setzte hierauf die
Berathung des Einnahmebudgets fort. In dem
von Brisson eingebrachten Artikel 3 wird beantragt,
dass die Güter der Kongregationen den ordentlichen
fiskalischen Vorschriften unterworfen werden. Trepp-
pel verlangt die Verlegung der Verathung dieses
Artikels, weil derselbe einen Theil der Civil-, Pen-
sions- und Strafrechtsgebung abzuändern bedeuete.
Die Verlegung wurde mit 353 gegen 127 Stim-
men abgelehnt. Der Präsident der Budget-Kom-
mission, Brisson, schilderte das Verhalten der Kon-
gregationen und führte aus, dass dieselben ihr Ver-
mögen verheimlichten, um dasselbe der Besteuerung
zu entziehen. Der Werth der Güter der Kongre-
gationen wurde von Brisson auf 590 Millionen
angeschlagen. Schließlich wurde der Art. 3 mit
356 gegen 113 Stimmen angenommen.

Todes-Anzeige.

Berlin, 10. Dezember. Am Sonntag, Vormittags 10 Uhr, entschlief nach
langen schweren Leiden mein theurer, unergieblicher
Mann und guter Vater, der Kaufmann **Julius
Heupel**, in seinem 50. Lebensjahre.
Diese Traueranzeige allen theilnehmenden Verwandten
und Freunden.

Die trauernde Wittwe
Kessale Heupel,
geb. Engelbrecht.